

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlags- und Informationsdienst (MFA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 23. Jänner 1987

Blatt 140

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Politik:

Zilk: Immissionsschutzvereinbarung unterschriftsreif (142/FS: 22.1.)

### Kommunal/Lokal:

Polio-Impfmüdigkeit: Fehlende Gelegenheit ist nicht der Grund (141/FS: 22.1.)

Wie spart man Energie? (143)

90. Geburtstag von Margarethe Schütte-Lihotzky (144)

Flächenschneeräumung und zusätzliche Maßnahmen (146)

Terminübersicht vom 26. Jänner bis 5. Februar (147/148)

Wiener Gemeinderat (150-159)

Wiener Landtag (159)

Flächenschneeräumungen wegen U-Bahn-Bau (nur FS)

Selbstmord durch Sprung vor U-Bahn (nur FS)

Neue Donau: Eislaufen mit neuen Attraktionen (nur FS)

### Kultur:

Die schöne Leich' im Bezirksmuseum Simmering (145)

Mrkvicka: 73,7 Millionen für Sakralbauten (149)

## **Pollo-Impfmüdigkeit: Fehlende Gelegenheit ist nicht der Grund**

**Stacher: Stadtrat Hampel-Fuchs bedauernswert uninformiert**

Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Die Gesundheitssprecherin der ÖVP, Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS sei bedauernswert uninformiert, was die Möglichkeiten der Schutzimpfung gegen Kinderlähmung in Wien betrifft, meinte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Hampel-Fuchs habe in einer Aussendung darüber geklagt, daß es in Wien nur zwei Impfstellen gebe. Tatsächlich sind es jedoch, so Stacher, mehr als 80, darunter 19 Bezirksgesundheitsämter, die Zentrale des Gesundheitsamtes, Kinderambulatorien der Gebietskrankenkasse und 61 Mutterberatungsstellen, wobei letztere sogar zwischen Mitte November und Mitte April impfen. Darüberhinaus kann von Betriebsärzten geimpft werden, und bekanntlich werde auch in Schulen und Kindergärten geimpft. Selbstverständlich besteht auch jederzeit die Möglichkeit, sich bei niedergelassenen Ärzten impfen zu lassen.

Die breite Streuung der Impfmöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet und die Einrichtung zusätzlicher Impftermine für Berufstätige lasse jedoch, so Stacher, keinen Zweifel daran, daß das Winterwetter nicht Schuld an der Impfmüdigkeit der Bevölkerung sein könne. Es wäre im Dienste der Gesundheit der Wiener Bevölkerung zielführender gewesen, unterstrich der Wiener Gesundheitsstadtrat, wenn Stadtrat Hampel-Fuchs, über parteipolitische Grenzen hinweg, in seine Kerbe geschlagen und seine Bemühungen unterstützt hätte. (Schluß) and/bs

Bereits am 22. Jänner 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Zilk: Immissionschutzvereinbarung unterschriftsreif**

### **Landeshauptleute-Konferenz im Wiener Rathaus**

Wien, 22.1. (RK-POLITIK) In einer Pressekonferenz informierten heute, Donnerstag, Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK (als Vorsitzender der Landeshauptleute-Konferenz) und der neue, für Föderalismusfragen zuständige Kanzleramtsminister Dr. Heinrich NEISSER über die Ergebnisse der am Vormittag im Wiener Rathaus abgehaltenen Landeshauptleute-Konferenz. Zilk gab bekannt, daß nunmehr die lang erwartete Immissionschutzvereinbarung zwischen Bund und Ländern praktisch unterschriftsreif sei: Sie sieht bindende Obergrenzen für die Luftbelastung vor. Einigkeit wurde auch über die Kostenaufteilung für ein bundesweites Warn- und Alarmsystem erzielt.

Folgende Länderforderungen sollen im „Kleinen Komitee“ zwischen Ländern und Bund verhandelt werden:

- Kunstförderung: Steuerliche Begünstigungen für den Kunstkauf und die Unterstützung künstlerischer Produktionen.
- Überlegungen, wie der Rechnungshof selbst einer Kontrolle unterzogen werden kann, sowie Mitspracherechte der Länder bei der Bestellung des Rechnungshof-Vizepräsidenten.
- Mitsprache der Länder bei der Bestellung der Richter des Verwaltungsgerichtshofes.
- Kündigungsschutz für Sportstätten
- Übertragung der sicherheitspolizeilichen Kompetenzen an die Landeshauptleute.

Minister Neisser betonte, daß im Koalitionsübereinkommen auch Fragen des Föderalismus verankert seien. Er halte beispielsweise die Länderforderung nach Mitsprache bei der personellen Zusammensetzung der Höchstgerichte als „legitimes Anliegen der Länder“.

Bürgermeister Zilk verwies abschließend auf das neue Klima in Sachen Föderalismus, was auch durch mehrere Äußerungen von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky bei der Eröffnung der Landeshauptleute-Konferenz zum Ausdruck gekommen sei. Der Kanzler habe unter anderem gesagt, daß die Bereinigung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern für ihn „keine Einbahnstraße“ sei. (Schluß) red/gg

Bereits am 22. Jänner 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Wie spart man Energie?

10.000ste Kunde ließ sich beraten

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) Den 10.000sten Kunden, der sich in der Energieberatung des Kundendienstzentrums der Wiener E-Werke informiert, konnte Stadtrat Johann HATZL dieser Tage begrüßen. Das Ehepaar Helga und Ottokar KRAL aus Favoriten besitzt eine Gasetagenheizung und ließ sich über die Möglichkeiten des nachträglichen Fernwärmeeinbaues informieren.

Die Energieberatungsstelle wurde im Juli 1985 eingerichtet. Schwerpunkte der Beratungen sind Energiesparmaßnahmen sowie die, mit Hilfe der EDV durchgeführten, Heizlast- und Heizkostenabrechnungen. Auch Heizkesselüberprüfungen werden durchgeführt. Die Energieberatung im Kundendienstzentrum 1090 Wien, Spitalgasse 5-9, ist kostenlos. Sie steht den Kunden, Montag bis Freitag, in der Zeit von 8 bis 15 Uhr zur Verfügung. Die Energieberatungsstelle ist telefonisch unter den Nummern 4380/3995, 3996, 3997 und 3998 erreichbar.

Auch das Kundendienstzentrum, das im Juni 1984 eröffnet wurde, ist eine stark frequentierte Servicestelle. Im kaufmännischen Teil dieses Zentrums kann der Kunde sämtliche Angelegenheiten, die die Gas- und Stromverrechnung betreffen, erledigen. Im technischen Teil erhält der Kunde alle Auskünfte über die Errichtung oder Verstärkung von Strom- und Gasanlagen. (Schluß) ba/bs



Stadtrat Hatzl und Generaldirektor Dr. Horny begrüßten den 10.000sten Kunden in der Energieberatung.

## 90. Geburtstag von Margarethe Schütte-Lihotzky

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Die bedeutende österreichische Architektin Margarethe SCHÜTTE-LIHOTZKY feiert heute, Freitag, ihren 90. Geburtstag. Wiens Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN und Bezirksvorsteher Johann WALTER stellten sich am Donnerstag nachmittag als Gratulanten ein. Hofmann überbrachte die Grüße und Glückwünsche von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und würdigte die Jubilarin als eine herausragende Persönlichkeit der österreichischen Architekturgeschichte dieses Jahrhundert.

Margarethe Schütte-Lihotzky, 1897 in Wien geboren, Schülerin von Strnad und Tessenow, Mitarbeiterin von Adolf Loos, ging in den 20er Jahren nach Frankfurt. Hier entstanden ihre ersten Entwürfe für Kindergärten und ihre berühmte „Frankfurter Küche“. Von 1930 bis 1937 wurde sie als Spezialistin für Kinderanstalten nach Moskau berufen, beschäftigte sich aber auch im Rahmen ihrer Tätigkeit an der Moskauer Akademie für Architektur mit der Innenarchitektur und hier speziell mit Kindermöbeln.

Von 1938 bis 1940 arbeitete Schütte-Lihotzky in Istanbul. Bei ihrer Rückkehr nach Wien wurde sie wegen Beteiligung am Widerstand gegen den Nationalsozialismus verhaftet und blieb bis 1945 im Gefängnis. Nach dem Krieg leitete sie die Abteilung für Kinderanstalten bei der Stadtbaudirektion in Sofia. 1947 kehrte sie nach Wien zurück und war bis 1966 tätig. In dieser Zeit schuf sie Kindergärten, Wohnhausanlagen, Einfamilienhäuser, leitete die dekorative Gestaltung von Ausstellungen und veröffentlichte in verschiedenen Zeitschriften des In- und Auslandes die Ergebnisse ihrer theoretischen Arbeiten über chinesische Wohnformen und den Städtebau in China.

Für ihre Verdienste erhielt Schütte-Lihotzky den „Preis der Stadt Wien 1980 für Architektur“. (Schluß) ger/gg



Stadtrat Hofmann und Bezirksvorsteher Walter stellten sich als Gratulanten zum 90. Geburtstag von Margarethe Schütte-Lihotzky ein.

## **Die schöne Leich' im Bezirksmuseum Simmering**

Wien, 23.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Die von der Wiener Stadt- und Landesbibliothek gestaltete Ausstellung „Die schöne Leich' — Tod, Begräbnis und Totengedenken in Wien“ ist vom 25. Jänner bis 12. April im Bezirksmuseum Simmering, Enkplatz 2, zu sehen. Die Ausstellung ist jeweils Freitag von 9 bis 12 und 15 bis 18 Uhr und Sonntag von 9 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Die Eröffnung der Schau findet am Sonntag, dem 25. Jänner, um 10 Uhr statt. (Schluß) gab/gg

## Flächenschneeräumung und zusätzliche Maßnahmen

Wien, 23.1. (RK-LOKAL) Im Rahmen der Flächenschneeräumung kommen nun auch Straßen an die Reihe, in denen zwar keine öffentlichen Verkehrsmittel fahren, die aber nun dennoch schon dringend gesäubert werden müssen und bisher mit normalen Mitteln nicht vom Schnee befreit werden konnten. Dabei wird grundsätzlich an den neuralgischen Stellen eine Seite der Straße vom Schnee befreit, wo erforderlich und von der Zeit bzw. Parksituation her möglich, kommt auch die zweite Seite an die Reihe.

Folgende Straßenzüge sind in den nächsten Tagen/Nächten an der Reihe:

- 23. JÄNNER untertags: 4, Wiedner Hauptstraße von Paulanerkirche bis Johann-Strauß-Gasse; nachts: 3, Erdbergstraße von Kardinal-Nagl-Platz bis Kundmangasse und 8, Lerchenfelder Straße von Zweierlinie bis Gürtel
- 24. JÄNNER untertags: voraussichtlich Untere Favoritenstraße beidseitig; nachts: 15, Ullmannstraße von Einmündung bei U-Bahn-Station Meidling bis Stiebergasse und 12, Dörfelstraße von Wilhelmstraße bis Eichenstraße
- 25. JÄNNER untertags: 15, Teile der Markgraf-Rüdiger-Gasse und 10, Teile der Gudrunstraße; nachts: 3, Rochusgasse von Ungargasse bis Landstraßer Hauptstraße und 3, Sechskrügelgasse von Ungargasse bis Landstraßer Hauptstraße plus Pfarrhofgasse
- 26. JÄNNER untertags: 7, Schottenfeldgasse von Lerchenfelder Straße bis Westbahnstraße; nachts: 12, Wilhelmstraße von Dörfelstraße bis Abmayergasse und 12, Flurschützstraße von Abmayergasse bis Gürtel.

### Zusätzliche Maßnahmen

Abgesehen von der Aktion Flächenschneeräumung und den üblichen Schneeräumarbeiten in den Nebengasse wurden und werden auch die Fußgängerübergänge und die Behindertenparkplätze schwerpunktmäßig gereinigt.

Zusätzlich zu den Wiener Firmen, die bei der Schneeräumung und Schneeabfuhr mittun, haben sich nun auch Firmen aus Oberösterreich und dem Burgenland gemeldet. Um den Einsatz zur Schneeabfuhr möglichst effektiv zu gestalten, werden nun zusätzliche Arbeitstrupps zusammengestellt, die „auf Haufen“ arbeiten, das bedeutet, die vielfach ja ohnehin schon von den Schneearbeitern zusammengeschobenen Schneehaufen rasch entfernen. Wo dies über eine leicht erreichbare Kanal-Ableerstelle möglich ist (Problem der möglichen Verstopfung der Ableerstelle) werden die Schneehaufen aus der näheren Umgebung gleich dort eingeschauftelt, in anderen Bereichen Wiens mit etwa 50 Kranladern beseitigt. Die Aufsicht werden auch Werkmeister aus anderen Magistratsabteilungen haben.

Um für den abtransportierten Schnee, der u. a. im Bereich Wiental und Donaukanal gelagert sowie beim Parkplatz Floridsdorfer Brücke in die Donau abgeleert wird, Platz zu schaffen, wurde auch ein Retentionsbecken im Wiental benutzt. Derzeit wird versucht, auch das zweite Retentionsbecken dafür benutzbar zu machen. Was allerdings nicht möglich ist, ist, bei Wientalbrücken den Schnee einfach in das Becken zu kippen — die Gehsteige sind für den Druck der schweren Schneeräumfahrzeuge nicht geeignet.

Um die Probleme bei der Schneeräumung dieses Winters im kommenden Jahr möglichst gar nicht erst auftreten zu lassen, wird nach Winterende auch ein Hearing stattfinden, bei dem die Konsequenzen für die kommenden Jahren gezogen werden sollen. (Schluß) hrs/gg

## Terminübersicht vom 26. Jänner bis 5. Februar

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 23. Jänner bis 6. Februar hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorge-  
merkt:

### MONTAG, 26. JÄNNER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP, „Donauraum“ (Landtmann)

### DIENSTAG, 27. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

### MITTWOCH, 28. JÄNNER:

9.00 Uhr, Enquete über „Ursachen und Hilfsmittel bei Inkontinenz“  
(Krankenanstalt Rudolfstiftung, Festsaal, altes Haus, 3, Boerhaave-  
gasse 13)

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an o. Univ.-  
Prof. Dr. DDr. h.c. mult. Edmund Hlawka, o. Univ.-Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c.  
Hans Koepf, em.o. Univ.-Prof. Dr. Wilhelm A. Kühnelt und em. o. Univ.-  
Prof. Dipl.-Ing. Dr. Karl Müller (Steinerner Saal I, Rathaus)

11.30 Uhr, Verleihung des Karl-Skraup-Preises an Wolfgang Böck, Hans  
Hoffer und Julia Gschnitzer (Mrkvicka, Volkstheater)

13.00 Uhr, Sitzung des Kontrollausschusses

ab 14.00 Uhr, Fachtagung über Hygiene in Bäckerei- und Konditoreibe-  
trieben mit StR. Seidl (Rathaus, Festsaal)

### DONNERSTAG, 29. JÄNNER:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten  
und Konsumentenschutz

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher über „Gesundheitskampagne  
— Bilanz '86 und Vorschau auf '87“ (PID)

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

19.00 Uhr, Pressekonferenz Vizebürgermeister Mayr

### FREITAG, 30. JÄNNER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Holding, „Umweltforum“ Wiener Holding  
(Kuppelsaal des Naturhistorischen Museums)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst

### SAMSTAG, 31. JÄNNER:

Beginn des Semesterferienspiels

Festveranstaltungen anl. „90 Jahre elektrische Tramway“, (Beginn:  
10 Uhr, Mariahilfer Straße/Kaiserstraße)

### MONTAG, 2. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP

Forts. auf Blatt 148



DIENSTAG, 3. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

18.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl über Stadtwerke

MITTWOCH, 4. FEBRUAR:

10.30 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding „1.000sten Nierensteinpatient“ (Krankenhaus Lainz)

DONNERSTAG, 5. FEBRUAR:

19.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding — Wigast (Rathauskeller, Ziehrerstüberl)

(Schluß) red/rr

---

Forts. von Blatt 147

---

## **Mrkvicka: 73,7 Millionen für Sakralbauten**

Wien, 23.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA wies Freitag im Zusammenhang mit den von kirchlichen Stellen geäußerten Sorgen um die Erhaltung von Sakralbauten darauf hin, daß die Stadt Wien seit Jahren wesentlich zur Erhaltung der Wiener Kirchen beiträgt. In den Jahren 1972 bis 1986 wurden für insgesamt 76 kirchliche Objekte 60,2 Millionen Schilling aus dem Altstadterhaltungsfonds bereitgestellt, zusätzlich stellte die Stadt Wien allein für die Stephanskirche 13,5 Millionen Schilling zur Verfügung. Insgesamt ergibt dies eine Förderungssumme von 73,7 Millionen.

Neben den aus dem Altstadterhaltungsfonds bereitgestellten Mitteln sind noch jene Budgetmittel zu erwähnen, die für Kapellen und Patronatskirchen aufgewendet werden, die sich in Verwaltung anderer Magistratsdienststellen befinden, wie etwa die 24 Kapellen und Kirchen, die die MA 52 verwaltet. Dazu zählen etwa St. Leopold auf dem Alexander-Poch-Platz im 2. Bezirk, St. Othmar auf dem Kolonitzplatz im 3. Bezirk oder die Pfarrkirchen von Mauer, Kalksburg und Inzersdorf. Weiters sind in diesem Zusammenhang die von der MA 43 verwalteten Kirchen und Kapellen auf den Friedhöfen und vor allem die von der MA 17 betreute Otto-Wagner-Kirche am Steinhof zu nennen. Schließlich betreut das Kulturamt noch rund 250 Sakralplastiken wie Heiligenstatuen, Bildstöcke und Wegkreuze. Insgesamt, so Mrkvicka, ergebe das eine breitgefächerte und mit erheblichen finanziellen Mitteln verbundene Förderung von Sakralbauten durch die Stadt Wien. (Schluß) gab/rr

## Wiener Gemeinderat

### Fragestunde

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

GR. Dr. GOLLER (ÖVP) wollte in der ERSTEN ANFRAGE von Bürgermeister Zilk wissen, ob er bereit sei, dem Gemeinderat die Durchführung einer Volksabstimmung bzw. einer Volksbefragung über die Staustufe Wien vorzuschlagen. Bürgermeister Dr. ZILK legte ein Bekenntnis zur Mitwirkung der Bevölkerung ab, stellte jedoch unter Bezug auf die Stadtverfassung fest, daß in dieser Angelegenheit diese Formen der direkten Demokratie rechtlich nicht vorgesehen sind. Vor allem sei es wichtig, daß vor einer Meinungsbildung der Bevölkerung erst alle Entscheidungsgrundlagen vorliegen müssen. Die Meinung der Bevölkerung sei ihm immer heilig gewesen, betonte der Bürgermeister.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Schritte er gegen die Verzögerungen bei der Errichtung des neuen Haas-Hauses unternommen habe, antwortete Bürgermeister Dr. ZILK, der Baubeginn habe sich verzögert, weil wegen des exponierten Standortes eine Reihe von Gesprächen über die Gestaltung stattfinden müßten und überdies der Abbruch so angesetzt werden mußte, daß der Beginn eines Neubaus nicht in den Winter fällt, darüber hinaus auch nähere Informationen über die Beschaffenheit des Kellers, der in den Neubau einbezogen werden soll, erst jetzt vorliegen. Schließlich brauchte der berühmte Architekt Hollein für seine Entwürfe auch längere Zeit. Das alte Haas-Haus sei eine „Halbruine“ gewesen. Im Zusammenhang mit dem Haas-Haus gebe es keine Spekulationen, und bei den Sophiensälen, deren Zukunft im Gespräch ist, sei jedenfalls der Denkmalschutz und der Schutz des Altstadterhaltungsbeirates zu berücksichtigen. Damit muß sich der Eigentümer auseinandersetzen.

In der DRITTEN ANFRAGE nahm GR. NEUMANN (ÖVP) nochmals auf das Haas-Haus Bezug. Bgm. Dr. ZILK verwies auf seine vorausgegangene Antwort und ergänzte auf Zusatzfragen, er bekenne sich voll zum Architekten des neuen Haas-Hauses, Hans Hollein, der weit über die Grenzen der Stadt und des Landes hinaus bekannt ist. Angesprochen auf „Vorstöße“ zur Bebauung des Albertinaplatzes unterstrich der Bürgermeister, er habe solche nicht initiiert, doch müsse auch hier das demokratische Recht der freien Meinungsäußerung gelten. In der Inneren Stadt gelte, wie auch in anderen Stadtbezirken, daß es Dinge gibt, über die ein Bezirk nicht allein entscheiden kann, weil sie für das gesamte Gemeinwesen und seine Stellung innerhalb Österreichs von Bedeutung sind.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. WIMMER (SPÖ), welche Überlegungen zu den begünstigten Verkäufen von Grundflächen an gemeinnützige Wohnbauträger geführt haben, sagte StR. EDLINGER (SPÖ), daß grundsätzlich mehrere Möglichkeiten einer begünstigten Abtretung von Grundstücken möglich sind. Gemäß dem Wohnbauförderungsgesetz sei die Gemeinde Wien bestrebt, Kosten zu erreichen, die sich die Mehrheit der Bürger leisten könne. Nach dem geltenden Baurechtsgesetz, das eine Wertsicherung nicht ermöglicht, werden an gemeinnützige Wohnbauträger keine Grundstücke mehr im Baurecht vergeben und damit die Kosten gering gehalten. Infolge eines Gemeinderatsbeschlusses vom 26. Juni dieses Jahres werden daher beim Verkauf von Grundstücken an gemeinnützige Wohnbauträger Preisnachlässe bis zu 25 Prozent auf den Verkehrswert gewährt, um annehmbare Grundkosten und eine geringe Belastung der Bewohner zu erreichen.

Auf eine ZUSATZFRAGE von GR. WIMMER, wie die Bewertung der Grundstücke erfolgt, sagte Edlinger, daß durch ein Prüfungsverfahren

über die bauliche Ausnützbarkeit sowie ein Vergleichswertverfahren, bei dem die ortsüblichen Preise zur Beurteilung herangezogen werden, eine ausgewogene Lösung erreicht wird.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. REITER (SPÖ), welche Maßnahmen im Rahmen der Kleingartenförderungsaktion 2000 gesetzt wurden, sagte StR. EDLINGER (SPÖ), daß mit den insgesamt zur Verfügung stehenden 700 Millionen Schilling umfangreiche Grundankäufe getätigt wurden und vorbereitet werden. Edlinger erklärte, daß bis Jahresende 1986 insgesamt 503 Kleingartenlose geschaffen und damit eine Fläche von 183.800 m<sup>2</sup> verpachtet wurde. Derzeit werden weitere 227 Lose zur Verpachtung vorbereitet. Die Grundstücke für mögliche weitere 1.400 Kleingärten sind bereits gekauft. Über den Ankauf weiterer Flächen, auf denen 990 Kleingärten errichtet werden könnten, wird zur Zeit verhandelt. Das Ziel der Aktion 2000 kann damit bereits als erreicht angesehen werden, schloß Edlinger.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), ob die Besetzung des Geschäftsführers der City-Air-Terminal aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung erfolgt ist, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß eine Ausschreibung aufgrund der geltenden Rechtslage nicht notwendig war. Die Stadt Wien ist an der City-Air-Terminal, einer Tochtergesellschaft der Flughafen-Wien-Betriebsgesellschaft, nicht als Kapitalgesellschafter beteiligt. Die Bestellung von Ex-FPÖ-Bundesgeschäftsführer Richard Bogner zum Geschäftsführer der City-Air-Terminal sei auf Vorschlag der Flughafenbetriebsgesellschaft erfolgt.

Auf die Zusatzfrage, wie die Vertragsbestimmungen beschaffen seien, sagte Vizebürgermeister Mayr, daß der Bezug nicht in der öffentlich behaupteten Höhe liege sowie die Abfertigungsansprüche im wesentlichen dem Angestelltengesetz entsprechen. Aus dem Vertrag bestehe kein Pensionsanspruch.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. HONAY (SPÖ), ob es im Rahmen der Wiener Exportförderungsaktion bereits Kreditausfälle gegeben hat, in deren Folge die Bürgschaft der Stadt Wien beansprucht wurde, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß seit Bestehen der Exportförderungsaktion nur einmal eine Bürgschaft in der Höhe von 2,37 Millionen Schilling in Anspruch genommen wurde. In Anbetracht des Gesamtkreditvolumens von über einer Milliarde Schilling bei 294 Kunden kann diese Aktion als außerordentlich erfolgreich bezeichnet werden.

Auf die ZUSATZFRAGE, wie groß die Nachfrage nach weiteren Exportförderungskrediten sei, sagte Vizebürgermeister Mayr, daß eine weitere Aufstockung der Mittel erforderlich sei, um der steigenden Nachfrage nachzukommen. Derzeit werden 50 neue Förderungsfälle mit einer Kreditsumme von rund 200 Millionen Schilling vorbereitet.

#### **Angelobung von vier neuen Gemeinderäten**

Im Anschluß an die Fragestunde erfolgte die Angelobung von vier neuen Gemeinderatsmitgliedern. Die Nachfolgerin von Nationalrat Herbert SCHMIDTMEIER (SPÖ) ist die Betriebsrätin Eleonora HOSTASCH (SPÖ). Die 43jährige Politikerin ist seit 1975 Zentralbetriebsratsvorsitzende und Vorsitzende des Wiener Betriebsrates der Bank für Arbeit und Wirtschaft. Weiters wurden drei neue ÖVP-Gemeinderäte angelobt, die die Nachfolge für Familienministerin Dr. Marilies FLEMMING und für die neuen Nationalratsabgeordneten Ingrid KOROSEC und Josef ARTHOLD antreten. Für Dr. Flemming wird Dkfm. Karl H. KÖNIG in den Gemeinderat einziehen. Der 1941 in Salzburg geborene kaufmännische Angestellte ist Bezirksparteiobmann in Margareten. Walter ZIGMUND, Jahrgang 1945, folgt Ingrid KOROSEC. Er ist von Beruf Lehrer an der Pädagogischen Akademie und vertritt den 16. Bezirk. Dem Lehrer Arthold folgt der Großhandelskaufmann Georg FUCHS, Jahrgang 1948. Er kommt aus dem 10. Bezirk.

Forts. von Blatt 150

Forts. auf Blatt 152

Gemeinderatsvorsitzende Eveline ANDRLIK (SPÖ) dankte den scheidenden Gemeinderatsmitgliedern für ihre engagierte Mitarbeit in den verschiedenen Ausschüssen. Sie gab ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die scheidenden Abgeordneten in ihren neuen Funktionen die Interessen Wiens wirkungsvoll vertreten werden und wünschte dazu viel Erfolg.

### **Kulturzentrum Spittelberg**

GR. FAYMANN (SPÖ) beantragte, zur Förderung von selbstverwalteten Kommunikationszentren und von Gruppen und Projekten im Alternativbereich einen Betrag von 4,906.000 Schilling zu gewähren.

GR. PROCHASKA (ÖVP) kritisierte in diesem Zusammenhang das Kulturzentrum Spittelberg im Amerlinghaus. Dieses könne auf keine aktive Programmgestaltung verweisen, es gebe keine Vorstandsprotokolle und keine Rechnungsabschlüsse und auch keine detaillierten Programmvorstellungen. Das Amerlinghaus habe auf ganzer Linie die selbstgesetzten Ziele verfehlt.

GR. Dr. HÄUPL (SPÖ) entgegnete, daß ein Tätigkeitsbericht des Amerlinghauses für 1985 vorliege und daß die Kontrolle dieser Institution durch die Magistratsabteilung 13 und das Kontrollamt jederzeit gewährleistet sei. Der ÖVP gehe es jedoch in Wirklichkeit nicht um organisatorische Fragen, sondern um die politische Linie, um die Programmgestaltung des Amerlinghauses. Hier würden eben auch „Tabu-Themen“ angerissen, hier gebe es einen Freiraum auch für verschiedene Minderheitsgruppen. Dies störe die ÖVP, die sich in solchen Bereichen immer nur in Lippenbekenntnissen übe.

In einer zweiten Wortmeldung sagte GR. PROCHASKA (ÖVP), daß es seit 1977 keinen positiven Bericht des Kontrollamtes über das Amerlinghaus gebe. Die Ablehnung der ÖVP in diesem Punkt sei gerechtfertigt.

GR. FAYMANN (SPÖ) wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß der Jahresbericht 1985 des Amerlinghauses bereits vom Kontrollamt geprüft worden sei. Die Linie der ÖVP sei nicht durch sachliche Argumente, sondern durch Demagogie gekennzeichnet.

**ABSTIMMUNG:** Auf Wunsch von GR. PROCHASKA erfolgte die Abstimmung getrennt. Die Förderung des Kulturzentrums Spittelberg wurde mit den Stimmen der SPÖ, die Restpunkte des Antrages wurden einstimmig angenommen.

### **Unterstützungsbeiträge für Behindertenvereine**

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) stellte den Antrag, Behindertenvereinen Unterstützungsbeiträge in der Höhe von insgesamt 2,3 Millionen Schilling zu gewähren.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) erklärte, seine Fraktion stimme diesem Antrag zu. Ein immer größeres Problem im sozialen Bereich sei die zunehmende Armut in Wien, die sich in vermehrten Gas- und Stromabschaltungen und Delogierungen und einer erhöhten Arbeitslosenrate, von der besonders die Jugendlichen betroffen seien, dokumentiere. Die ÖVP, erklärte Hawlik, habe mehrfach Forderungen wie Heizkostenzuschüsse, gerechtere Strompreise, sozialere Kriterien bei der Einweisung in Gemeindewohnungen vertreten. Sozialpolitik dürfe sich nicht darin erschöpfen, Arme zu verwalten, sondern müsse Armut verhindern.

Die ÖVP schwanke in ihrer Argumentation bezüglich der Sozialpolitik, erklärte GR. Ilse FORSTER (SPÖ), zwischen Begriffen wie Mißbrauch der Sozialleistungen, Übersozialisierung und Unfinanzierbarkeit. Armutsbekämpfung könne nicht allein Aufgabe des Staates sein, sondern betreffe jeden Einzelnen. Deshalb sei die ÖVP, sagte Forster, aufgerufen, gerade im Wirtschaftsbereich tätig mitzuhelfen.

Forts. von Blatt 151

Forts. auf Blatt 153

GR. KREINER (ÖVP) ging in seinem Debattenbeitrag auf die sozialen Aspekte des Wiener Strompreises ein. Ein kommunales Unternehmen wie die E-Werke dürfe nicht unsozial geführt werden, was bei den derzeitigen, erhöhten Strompreisen der Fall sei. Kreiner forderte Vbgm. Mayr und Energiestadtrat Hatzl auf, Verhandlungen über eine Preissenkung des Verbundstromes zu führen. Der derzeitige Wiener Strompreis sei wirtschaftlich nicht vertretbar.

Wenn er, erklärte Energiestadtrat HATZL (SPÖ), die Stromabschaltungen im Bereich der verschiedenen Energieunternehmen zu einem Vergleich heranziehe, so liegen die E-Werke weit unter dem Durchschnitt. Das gleiche gelte auch für die Mahnfälle, die bei den Landesenergiegesellschaften weit zahlreicher seien. Die E-Werke seien auch in bezug auf Ratenvereinbarungen äußerst kulant. Die ÖVP werde, regte Hatzl an, nun Gelegenheit haben, die Preisfrage des Verbundtarifes mit dem neuen Handelsminister zu diskutieren.

Die Wiener E-Werke würden eine Senkung des Verbundtarifes selbstverständlich an den Konsumenten im vollen Ausmaß weitergeben, betonte Hatzl.

Strom- und Gaszahlungsrückstände ebenso wie Mietzinsrückstände nehmen zu, führte StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) aus. Dies sei besonders bei der Steigerung der Erstanträge bei den Sozialreferaten sichtbar. Die derzeitige Sozialpolitik bewirke aufgrund der Tatsache, daß vor allem bei Ermessensleistungen im Bereich der sozialen Hilfe gespart werde, keine Verhinderung der Armut, sondern eine Konservierung des derzeitigen Zustandes. Hampel-Fuchs kritisierte die administrative Zentralisierung des Sozialamtes und die Benachteiligung von Frauen und Flüchtlingen. Sie forderte einen „Wiener-Versuch“ des Berliner Modells, mehr Information über die Sozialleistungen der Stadt Wien und einen Heizkostenzuschuß für Ausgleichszulagenrentner.

Gerade im sozialen Bereich, erklärte Sozialstadtrat Ingrid SMEJKAL (SPÖ), gebe es einen schmalen Grat zwischen Anspruch, freiem Ermessen und Mißbrauch. Eine erfolgreiche Sozialpolitik sei nicht allein an die soziale Hilfe der Gemeinschaft gebunden, sondern erfordere auch Maßnahmen und Initiativen vor allem im Bereich der Wirtschaft. Wien habe laut einer bereits veröffentlichten Studie 3,6 Prozent weniger armutsgefährdete Familien als noch vor 10 Jahren. Die Stadt Wien beweise, unterstrich Smejkal die Ausführungen von Energiestadtrat Hatzl, außerordentliche Geduld, was die Begleichung von Gas- und Stromrechnungen sowie von Mietzinsrückständen betreffe, und bemühe sich, nicht nur finanzielle Hilfe anzubieten, sondern auch die Beratungstätigkeit zu verstärken. Sie könne, sagte Smejkal, den Überlegungen bezüglich des Berliner Modells nicht zustimmen und bedaure die im Koalitionspakt vereinbarte Einstellung der Lehrlingsförderung vor allem im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit.

Nur Alkoholisierte bzw. jene Schneeschaufler, die bereits Erschöpfungserscheinungen aufgewiesen hätten, seien von der MA 48 laut seiner Weisung, nicht aufgenommen worden, sagte StR. BRAUN (SPÖ). Derzeit seien rund 3.000 Schneeschaufler am Tage und rund 900 Schneeschaufler bei Nacht im Einsatz. Man habe 2.700 Straßenkilometer zu räumen. Die abtransportierte Schneemenge betrage bereits jetzt mehr als die des gesamten vorigen Winters.

Die derzeitige Bezahlung der Aushilfskräfte bei der Schneeräumung mit 46 Schilling netto pro Stunde müsse man in Relation zur Bezahlung der verantwortlichen Fachkräfte mit 51 Schilling netto pro Stunde sehen, betonte Braun.

Bei der Schneeräumung habe es im Bereich der MA 48 und der MA 30 im Zusammenhang mit der Schnee-Entleerung in das Wiener Kanalsystem Kompetenzkollision gegeben, kritisierte StR. NEUSSER (ÖVP). Zur Lehr-

Forts. von Blatt 152

Forts. auf Blatt 154

lingsförderung sagte Neusser, diese sei Klein- und Mittelbetrieben fast nie zugute gekommen, weshalb er ihre Einstellung nicht bedaure. Man werde bei den Lehrlingen aufgrund der geburtenschwachen Jahrgänge weniger Probleme haben als bei den Maturanten, wo man ernststen sozialen Problemen gegenüberstehe.

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) wies in ihrem Schlußwort auf den Rechtsanspruch von Armen und Behinderten auf soziale Leistungen der Stadt hin.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

### **Neugestaltung des Praters**

GR. HUMMEL (SPÖ) beantragte die nachträgliche Genehmigung eines Stadtsenatsbeschlusses, durch den 14 Millionen Schilling für die Neugestaltung eines Teils des Volkspraters zur Verfügung gestellt wurden.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) begründete die Ablehnung des Antrages durch seine Fraktion damit, daß hier nur Detailmaßnahmen gesetzt würden, jedoch nicht das angekündigte Gestaltungskonzept sichtbar werde.

GR. Christine SCHIRMER (SPÖ) verwies darauf, daß mit dieser Neugestaltung entsprechende weitere Maßnahmen der Praterunternehmer initiiert werden sollen. Bis jetzt sei es allerdings nicht gelungen, deren Unterstützung für die gewünschte Entwicklung zu gewinnen.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) betonte, daß die nun beschlossenen Maßnahmen Teil eines dreiteiligen Gesamtkonzepts seien. Beim Wurstelprater sei wohl die Stadt Wien Grundeigentümer, doch gebe es langfristige Pachtverträge mit den Unternehmern. Auch Mayr vertrat die Ansicht, daß die Vorhaben der Stadt Wien im Bereich des Calafatti-Platzes die Unternehmer ermuntern könnten, selbst etwas zur Änderung des bestehenden Zustandes im Prater beizutragen. Ähnliche Beispiele gebe es auch in anderen Stadtteilen. Im Zusammenhang mit dem „Grünen Prater“ berichtete Dr. Mayr, daß hier der Pachtvertrag mit dem Bund in absehbarer Zeit auslaufe und die Stadt Wien interessiert daran sei, das Gelände zu erwerben.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

### **Verwaltungsübereinkommen für Wohnsiedlung „Hermeswiese“**

GR. BUCHELT (SPÖ) stellte den Antrag auf Abschluß eines Verwaltungsübereinkommens zwischen der gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft Altmannsdorf und Hetzendorf und der Stadt Wien über die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser der Siedlung „Hermeswiese“.

GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP) erklärte, daß es sich bei diesem Antrag neuerlich um die Herauslösung von Verwaltungsagenden aus dem Geschäftsbereich der MA 52 handle. Er kritisierte die mangelnde Begründung für diesen Schritt und die fehlenden Kriterien für die Auswahl jener Anlagen, die aus dem Bereich der städtischen Wohnhäuserverwaltung ausgegliedert werden. Er könne auch nicht feststellen, warum welche Siedlungsgenossenschaft mit der Verwaltung betraut werde. Er forderte, daß bei ähnlichen Vorhaben allen gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaften die Übernahme der Verwaltung städtischer Wohnhausanlagen angeboten werde.

GR. LUSTIG (SPÖ) erklärte, daß er die Haltung der ÖVP in dieser Angelegenheit nicht verstehen könne, da die Übernahme der Verwaltung der Wohnsiedlung „Hermeswiese“ durch die Siedlungsgenossenschaft Altmannsdorf und Hetzendorf auf ausdrücklichen Wunsch fast aller Mieter erfolge. Bis jetzt wurden mit den Verwaltungsübertragungen an die GESIBA keine negativen Erfahrungen gemacht. Die Ausgliederung einzelner städtischer Objekte aus der Verwaltung der MA 52 erfolge nicht planlos, sondern unter Rücksichtnahme auf Bürgerwünsche und Kosten für die

Forts. von Blatt 153

Forts. auf Blatt 155

Mieter. „Wir werden uns selbstverständlich auch mit den Mietern anderer städtischer Wohnhausanlagen über diese Frage auseinandersetzen“, schloß Lustig.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) erklärte, daß die ÖVP schon seit Jahren mehr Mietermitbestimmung fordere. Seit Amtsantritt von StR. EDLINGER seien auch schon Fortschritte erzielt worden. Die Lösung dieser Fragen könne jedoch nicht in der Selektion einzelner Anlagen, die aus der städtischen Rathausverwaltung herausgelöst werden, gesehen werden, sondern bedürfe eines Gesamtkonzeptes.

Die sensible Materie des Wohnungswesens bedarf einer permanenten Auseinandersetzung, wenn Verbesserungen erzielt werden sollen, erklärte StR. EDLINGER (SPÖ). Fragen der demokratischen Mitwirkung der Bürger sowie der Übernahme von Verantwortung müssen auf breitester Ebene diskutiert werden, wenn die Gefahr der Manipulation einiger weniger über die große Mietermehrheit ausgeschaltet werden soll, wie dies leider immer wieder zu beobachten sei. Die Übernahme der Verwaltung der Siedlung „Hermeswiese“ durch die Genossenschaft Altmannsdorf und Hetzendorf wurde deshalb erwogen, weil diese Genossenschaft über reiche Erfahrung in der Verwaltung solcher kleinteiliger Anlagen verfüge. Die Entlassung aus der städtischen Verwaltung bedeute jedoch keine Entlassung aus der politischen Verantwortung. Über Fragen der Mietermitbestimmung erhoffe er sich weitere ausführliche Diskussionen mit der Opposition. Er hoffe auch auf deren Unterstützung in seinem Bemühen, daß die Mietermitbestimmung auf Bundesebene gesetzlich verankert werde, betonte Edlinger.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

#### **Verkauf einer städtischen Liegenschaft**

GR. SEVCIK (SPÖ) stellte den ANTRAG auf Verkauf einer städtischen Liegenschaft im 15. Bezirk an die gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft Wien-Süd zur Errichtung einer Wohnhausanlage.

GR. HIRNSCHALL sprach sich gegen Rabatte bei Grundstücksverkäufen an bestimmte begünstigte Wohnbaugesellschaften aus. Die FPÖ sei nicht bereit, eine Grundstückspolitik mitzuvollziehen, bei der vor etwa drei Jahren Grundstücke zunächst zu überhöhten Preisen angekauft wurden und jetzt verschleudert werden. Dies ginge zu Lasten der Stadt und der Wiener Steuerzahler. Bezugnehmend auf eine Anfragebeantwortung des zuständigen Stadtrates Edlinger in der heutigen Fragestunde kritisierte Hirschall, daß ein Grundstück erst im Dezember an eine „Wippel-Gesellschaft“ um 35 Prozent billiger verkauft worden sei.

GR. SEVCIK (SPÖ) gab zu bedenken, daß die Vergabe des zur Debatte stehenden Grundstückes im Baurecht eine Verdoppelung der Kosten für die Wohnbaugesellschaft sowie einen finanziellen Verlust für die Stadt bedeuten würde.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

#### **Verpachtung des Wiener Rathauskellers**

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) stellte den Antrag, den Wiener Rathauskeller an die WIGAST zu verpachten und die Einrichtungsgegenstände an dieselbe Gesellschaft zu verkaufen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte fest, daß die WIGAST grundsätzlich ein gut geführter Betrieb ist. Angesichts der Tatsache, daß die Einrichtung des Wiener Rathauskellers das Verdienst der liberalen Stadtverwaltung des 19. Jahrhunderts war, sei es erfreulich, daß nun mit einer möglichen Renovierung des Kellers zu rechnen sei. Es stelle sich aber die prinzipielle Frage, ob es Aufgabe der Gemeinde sei, einen gewinnbringenden

Forts. von Blatt 154

Forts. auf Blatt 156



Restaurantbetrieb zu führen, wenn dies über soziale Aufgaben hinausreiche. Die Stadt Wien müsse ihren eigentlichen kommunalen Aufgaben, wie etwa der Schneeräumung, nachkommen. GR. Pawkowicz schlug vor, die WIGAST zu privatisieren, um dadurch eine Konkurrenz zur Privatwirtschaft, wie sie derzeit bestehe, zu vermeiden.

GR. Dr. MAIER (ÖVP) erklärte, daß die Stadt Wien zur Zeit ihren eigentlichen kommunalen Aufgaben nicht nachkomme und meinte, daß das derzeitige „Schneechaos“ die Unfähigkeit der verantwortlichen Politiker beweise. Während auf Bundesebene die Entlastung des Staates betrieben wird, würde in Wien die Gastronomie verstaatlicht, sagte Maier. Es sei die Frage zu stellen, ob der Rathauskeller überhaupt notwendig sei und wenn dies zutrefte, ob er nicht zuerst saniert und dann privatisiert werden sollte. GR. Maier meinte, daß in der Frage Lusthaus und Cobenzl-Heuriger in ähnlicher Weise wie beim Rathauskeller Druck auf den vorherigen Pächter ausgeübt worden sei. Privatisierung würde zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit führen. Maier brachte einen BESCHLUSSANTRAG zur Privatisierung des Verlages Jugend & Volk ein und sprach sich für eine Teilprivatisierung der Zentralsparkasse aus, wobei die Stadt Wien weiterhin die Haftung sowie die Kosten für Besoldung und Sozialleistungen der Mitarbeiter übernehmen sollte.

GR. HUMMEL (SPÖ) stellte fest, daß die bisherige Führung des Rathauskellers nicht zufriedenstellend war. Es seien ein rückläufiger Geschäftsgang festgestellt sowie notwendige Instandhaltungsarbeiten verabsäumt worden. Die WIGAST sei zu Investitionen bereit und habe als neuer Pächter auch das bisherige Personal übernommen. Dies garantiere eine dauerhafte Lösung sowie einen attraktiven Gaststättenbetrieb.

GR. HAHN (ÖVP) meinte, daß es nicht beweisbar sei, daß der frühere Pächter seine Verpflichtungen nicht erfüllt hätte. Darüber hinaus seien erst sehr spät Gespräche mit dem zuständigen Stadtrat für Finanzen möglich gewesen. Zu diesen unfairen Bedingungen seien, so Hahn, Erschwernisse durch den Denkmalschutz und die Eingerüstung des Rathauses gekommen. Deshalb wäre eine Ausschreibung der Neuverpachtung wünschenswert gewesen.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) stellte fest, daß seit über zwei Jahren Einwände gegen die Führung des Lokals erhoben und darüber Gespräche geführt worden seien. Außerdem sei seitens des Pächters kein Wille zur Weiterführung des Betriebes ersichtlich gewesen. Verschiedene Versuche und Initiativen zur Belebung des Gaststättenbetriebes wären erfolglos geblieben, sagte Mayr.

**ABSTIMMUNG:** Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, der Beschlußantrag der ÖVP wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik zugewiesen.

#### **Grundstücksverkauf Nußberggasse 14**

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) stellte den ANTRAG, das Grundstück Nußberggasse 14 im Rahmen einer freiwilligen Feilbietung zum Verkauf anzubieten.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) wies darauf hin, daß dieses Grundstück im Jahr 1913 in Form eines Leibrentenvertrages zum Zweck der Kinderfürsorge an die Stadt Wien übergegangen sei. Diesem Wunsch sei jahrzehntelang entsprochen worden. Nun drohe das Grundstück über den Weg der Versteigerung der Sozialbau anheim zu fallen, da die Interessenten, die dem Widmungszweck gemäß die Interessen behinderter Kinder vertreten würden, kaum in der Lage seien, es zu erwerben. Hirnschall stellte den ANTRAG auf Absetzung des Geschäftsstückes, da durch den Verkauf des Grundstückes der Widmungszweck verletzt werde. Dieser Antrag blieb gegen die Stimmen der SPÖ und ÖVP in der Minderheit.

Forts. von Blatt 155

Forts. auf Blatt 157

GR. HONAY (SPÖ) wies darauf hin, daß Hirschnall eine Textpassage des Vertrages von 1913 unterschlagen habe, in der „israelitische Kinder und Lehrpersonen“ von der im Vertrag vorgesehenen Institution ausgeschlossen werden. Davon abgesehen gebe es heute genügend Einrichtungen zur Betreuung behinderter Jugendlicher. Es entspreche auch der Rechtsmeinung der Magistratsdirektion, daß dieser Vertrag nicht dringlich und auch nicht auf ewige Zeiten gültig sei. Im Sinne des positiven Teiles des ursprünglichen Nutzungswunsches stellte Honay gemeinsam mit Dr. MAYR den ANTRAG, den Erlös aus dem Verkauf des Grundstückes der MA 11 für Zwecke der Jugendwohlfahrt zur Verfügung zu stellen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der Antrag von GR. Honay und GR. Dr. Mayr wurde einstimmig angenommen.

### Sanatorium Döbling

GR. FREITAG (SPÖ) beantragte 3,1 Millionen Schilling als Subvention zur teilweisen Finanzierung der Errichtung des „Sanatoriums Döbling“.

GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) kritisierte, es gebe in Wien zu viele Akutbetten, und mit Betten jener Fächer, die hier untergebracht werden sollen, sei Wien ohnedies überversorgt. Die Errichtung des 45-Betten-Spitals sei sicher nicht von öffentlichen Subventionen abhängig, und außerdem sei sie ein Präzedenzfall mit negativen Beispielsfolgen. Die heutige Subvention werde den privaten Investoren, die den Bau finanzieren, binnen kurzem eine beträchtliche Rendite bringen.

GR. EDER (SPÖ) erklärte, der Antrag sei dem Gemeinderat deshalb zur Beschlußfassung vorgelegt worden, weil der Wirtschaftsförderungsfonds darum ersucht habe: Die Errichtung eines Krankenhauses sei nämlich nicht in dessen taxativer Aufzählung der Betriebsförderung enthalten. Tatsächlich mache die Subvention jedoch nur 5 Prozent der reinen Baukosten aus, und dies sei durchaus angemessen, denn jeder andere neuangesiedelte Betrieb könne dies ebenso in Anspruch nehmen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

### Mikrocomputer

GR. EDER (SPÖ) beantragte 7,2 Millionen Schilling für den Ankauf von 160 Mikrocomputersystemen für die MD-ADV.

Er habe dem Akt, erklärte GR. Ing. WORM (ÖVP), nicht entnehmen können, welche Anforderungsprofile an die Geräte gestellt worden seien und für welche Arbeit diese Mikrocomputer bzw. Personalcomputer eingesetzt werden sollen. Man habe die aufgeschlüsselte Vergabe an fünf verschiedene Firmen gewählt, was aus Haftungs- bzw. Wartungsgründen nicht akzeptabel sei. Betrachte man die dazugehörige Software, so stelle sich heraus, daß für die simpelsten Arbeiten die kompliziertesten Geräte gekauft werden. Die Zustimmung zu diesem Geschäftsstück betrachte er als fahrlässig, weshalb er die Absetzung des Antrages verlange.

Der ABSETZUNGSANTRAG fand keine Mehrheit.

Den Ankauf von technischen Teilen verschiedener Firmen für ein Computersystem, erklärte GR. FREITAG (SPÖ), bezeichne man als Mixed-Hardware. Dies sei eine gängige Einkaufsart. Die Ablehnung der ÖVP habe weder eine technologische noch eine organisatorische Begründung, da es sich um kein Pilotprojekt, sondern um eine kontrollierte Software handle. Der Ankauf dieser Mikrocomputer komme den Bestrebungen zur Dezentralisierung entgegen.

Die anzukaufenden Geräte, sagte GR. Mag. ZIMA (SPÖ), seien im Bundesrechenzentrum getestet worden. Die Stadt Wien sei mit ihrer ADV auf dem Gebiet der Mixed-Hardware ein Pionier gewesen, und man habe im Sinne der Steuerzahler dem Angebot der Billigstbieter entsprochen. Ziel dieser

Forts. von Blatt 156

Forts. auf Blatt 158

Anlage sei es, den Zentralrechner zu entlasten und kleinere Programme dem Endverbraucher anzuvertrauen.

Es gehe in diesem Geschäftsstück, meldete sich GR. Ing. WORM (ÖVP) nochmals zu Wort, nicht um eine Großrechenanlage, sondern um Personalcomputer, die für die Aufgaben, die zu bewältigen seien, überdimensioniert wären. Darüber hinaus sei eine beauftragte Firma in Wien nicht einmal durch einen Techniker vertreten.

Ziel dieser Anschaffung sei es, replizierte GR. Mag. ZIMA (SPÖ), eine Kommunikation mit dem Großrechner zu ermöglichen, kleinere Arbeiten aber an den Personalcomputer zu delegieren.

**ABSTIMMUNG:** Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

### **Finanzierung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen**

GR. FREITAG (SPÖ) beantragte die Ermächtigung für den Magistrat, für die Finanzierung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen von städtischen Objekten weitere Kapitalmarktdarlehen bis zu einer Milliarde Schilling und damit bis zu einem Gesamtbetrag von 1,5 Milliarden Schilling zu den jeweils bestmöglichen Bedingungen aufzunehmen.

GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) zog Bilanz über die Bau- und Sanierungsmaßnahmen im vergangenen Jahr. StR. EDLINGER (SPÖ) habe im Dezember in einer Pressekonferenz bekanntgegeben, daß 1986 666 Anträge durch den Stadterneuerungsfonds empfohlen wurden und 141 Bauvorhaben begonnen wurden. Bei Überprüfung der angegebenen Baustellen habe er festgestellt, daß seiner eigenen Kalkulation zufolge nur maximal 300 Millionen Schilling bauwirksam wurden. Diese Summe stehe im krassen Gegensatz zu der angegebenen Summe von 900 Millionen. Dieses Mißverhältnis sei auch an der momentan sehr hohen Arbeitslosenzahl abzulesen. In den letzten Monaten seien zwar viele Aktivitäten gesetzt worden, um das Jahresergebnis zu verbessern, das Jahr 1986 war trotzdem für die Bauwirtschaft katastrophal, erklärte Mandahus.

Im Zuge von Fassadenrenovierungen bei gemeindeeigenen Objekten solle dort, wo dies zulässig ist, verbindlich die Anbringung einer Wärmedämmung vorgesehen werden. Auch soll künftig im Zuge von Dachsanierungen die Möglichkeit genutzt werden, bei vorliegender Widmung und geeigneter Konstruktion durch den Ausbau von Dachböden zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Mandahus brachte zwei entsprechende ANTRÄGE ein, die einstimmig dem Ausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung zugewiesen wurden.

StR. EDLINGER (SPÖ) führte aus, daß die Abgrenzung, welche Anträge als bauwirksam zu bezeichnen sind, nicht einfach sei, da die Realisierung von Bauvorhaben einen gewissen Zeitraum in Anspruch nimmt. Durch die Abkürzung der administrativen Abläufe konnte eine wesentliche Verbesserung erzielt werden. Dadurch wurden in den letzten Monaten des Jahres 1986 auch wesentlich mehr Ansuchen erledigt. Bis Dezember 1986 waren es über 700 Anträge, die positiv empfohlen wurden. Edlinger stellte die Überlegung an, den Baubeginn nach Zusicherung der Förderung mit einigen Monaten zu begrenzen, da der Baubeginn in manchen Fällen stark verzögert werde. Abschließend erklärte Edlinger, daß er ebenfalls für die Anbringung einer Wärmedämmung im Zuge von Fassadensanierungsarbeiten eintrete.

Abzulehnen sei jedoch eine bindende Vorschreibung, schloß Edlinger.

**ABSTIMMUNG:** Einstimmig angenommen.

### **Fortsetzung des Wohnbauprogrammes 1986-1988**

Stadtrat EDLINGER (SPÖ) beantragte die Fortsetzung der Wohnbautätigkeit der Stadt Wien in den Jahren 1986 bis 1988 gemäß der dem Gemeinde-

Forts. von Blatt 157

Forts. auf Blatt 159

rat zur Beschlußfassung vorliegenden Liste.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) stellte fest, daß die ÖVP den angeführten 12 Projekten mit einer Ausnahme (23., An der Liesing 2-48, Willergasse 13-21) zustimmen wird. Bei diesem einen Projekt sei, so Mayr, eine Sanierung dem teilweisen Abbruch und Neubau vorzuziehen. Aus Gesprächen mit Bewohnern habe er deren Wunsch nach einem Weiterverbleib in ihren Wohnungen erkannt, aber auch die Besorgnis über die stark gestiegenen Betriebskosten. GR. Dr. Mayr brachte einen BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG der ÖVP zur Überprüfung der Wiener Stadtwerke durch den Rechnungshof ein.

Stadtrat EDLINGER (SPÖ) betonte, daß bei einem Teil der gesamten Siedlung eine Sanierung ohne wesentliche Erhöhung der monatlichen Belastung der Bewohner möglich sei. Eine Sanierung der zweigeschossigen Gebäude sei aber kostenmäßig keinesfalls vertretbar, unterstrich Edlinger. Für diese Bewohner seien individuelle Beratungen durchgeführt und moderne Ersatzwohnungen zur Verfügung gestellt worden. Ein Großteil der betroffenen Bewohner hätte dieses Angebot angenommen, sodaß eine schrittweise Modernisierung der Siedlung möglich erscheint.

ABSTIMMUNG: Das Projekt 23., An der Liesing 2-48, Willergasse 13-21 wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. Die 11 anderen Projekte wurden einstimmig angenommen. Der Beschlußantrag wurde einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

#### **Klarstellung von GR. Dr. Hirschall**

Im Zusammenhang mit der Debatte über das Grundstück Nußberggasse 14 legte Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ wert auf die Feststellung, daß die im Vertrag von 1913 enthaltene Ausschließung israelitischer Kinder und Lehrkräfte eindeutig gegen die guten Sitten verstoße und diese Passage innerhalb des Vertragswerkes daher keine Rechtskraft erlangen könne.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 17.50 Uhr. (Schluß) red

## **Wiener Landtag**

### **Wahl von sieben Mitgliedern des Bundesrates**

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) Anschließend an die Sitzung des Gemeinderates trat der Wiener Landtag zu einer kurzen Sitzung zusammen.

Auf einstimmigen Beschluß wurden folgende sieben Mitglieder des Bundesrates gewählt: Josef VELETA, Norbert TMEJ, Walter STRUTZENBERGER, Prof. Dr. Harald OGRIS, Dr. Ernst Eugen VESELSKY, Albrecht K. KONECNY, Dr. Irmtraut KARLSSON. Ferner wurde Landtagsabgeordneter Ing. WORM in den Unvereinbarkeitsausschuß und Landtagsabgeordneter PUTZ zum Mitglied des Landessportrates gewählt.

Die Sitzung endete um 18.03 Uhr. (Schluß) gab/gg

Forts. von Blatt 158